

Bürgerinitiative (BI)

„Keine 380.000 Volt Freileitung im Kreis Hersfeld-Rotenburg“

Ralf Wassermann, Am Spielplatz 1, 36199 Rof

BI-Sprecher:

Ralf Wassermann
Am Spielplatz 1
36199 Rotenburg a.d. fulda
☎ 06623-42463
eMail: ralf.wassermann@t-online.de

Datum:
12.06.2008

Presse-Erklärung

Ausbau des 380-kV-Höchstspannungsnetzes in Nordhessen

➤ Hess. Erdkabelgesetz – neuer Anlauf im Landtag

Hoffnungsvoll – aber auch mit einem realistischen Maß an Skepsis – verfolgen die Verantwortlichen der BI den neuen Gesetzesvorstoß BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Hess. Landtag. Am 27. Mai 2008 hat die Fraktion einen neuen Entwurf für ein hessisches Erdkabelgesetz erstellt (Drucksache 17/260), ein entsprechender Entwurf der SPD-Landtagsfraktion konnte zum Ende der letzten Legislaturperiode nicht mehr realisiert werden. Der Gesetzesentwurf soll in der nächsten Landtagssitzung eingebracht werden. Obwohl der Netzbetreiber durch die beabsichtigten gesetzlichen Regelungen zu keiner vollständigen Erdverkabelung veranlasst werden kann, werden erstmals Abstände zu Wohngebieten ähnlich dem niedersächsischen Recht festgeschrieben; während in Niedersachsen eine Abstandsregelung von 400 m bereits besteht, ist in Hessen ein Abstand für Freileitungen zu Wohngebäuden von 600 m geplant, so sieht es jedenfalls der Entwurf des Gesetzes vor.

Ein entsprechendes Gesetz (mit Abstandswerten zu Wohngebieten sowie Erdverkabelung) war von der BI „Keine 380.000 V-Freileitung im LK Hef-Rof“ e.V. gemeinsam mit ihrem Kooperationspartner BI Werra-Meißner-Kreis gefordert worden. Die BI hatten auch eine Bedarfsprüfung der Stromtrasse in Nordhessen beim Hess. Wirtschaftsminister Dr. Riehl verlangt. Die von Stromtrasse und Planung betroffenen Städte und Gemeinden im WMK (außer Berkatal) und die Stadt Rotenburg a.d. Fulda haben in den Resolutionen der Parlamente ebenfalls eine unterirdische Leitungsführung für die Stromtrasse zum Thema gemacht.

Damit wird die 380-kV-Höchstspannungsverbindung Wähle – Mecklar nunmehr auch in Hessen zu einem politischen Thema im Landtag, da die Planungen von E.ON oder einer Nachfolgegesellschaft von den Abstandsregelungen beeinflusst werden. E.ON bevorzugt nach eigenem Bekunden zwar keine Freileitungen – plant diese jedoch mit Priorität und weist im überzogenen Ausmaß auf die Mehrkosten für Erdkabel und vermeintlich technische Problemstellungen hin. Obwohl am 08.10.2007 beim RP Kassel die Antragskonferenz für ein Raumordnungsverfahren der Stromtrasse in Nordhessen stattfand, hat E.ON bis dato keine Antragsunterlagen vorgelegt. Unverständlich und sachlich nicht nachvollziehbar, da nach Aussagen der Netzbetreiber, der Bundesnetzagentur sowie der Deutsche Energie-Agentur (dena) der Ausbau des deutschen Hochspannungsnetzes höchste Dringlichkeit genießt. Der Ausbau ist mit dem Abtransport überschüssiger Stromerzeugung aus Windkraftanlagen (On- und Offshore) und Stromüberhang aus neuen konventionellen Kohlekraftwerken in Norddeutschland begründet worden. Da auch die

Ansprechpartner:

Ralf Wassermann · Am Spielplatz 1 · 36199 Rotenburg a.d. Fulda
☎ 06623-42463 · ✉ ralf.wassermann@t-online.de

Erforderlichkeit der Leitung mit dem Ausbau des transeuropäischen Stromnetzes (Deutschland wird das zentrale Stromtransitland!) untermauert wird, sehen die Vertreter der BI es als angemessen an, dass die Stromkunden europaweit an eventuellen Mehrkosten für Erdkabel finanziell beteiligt werden müssen.

Das Bundeskabinett will im Juni einen Gesetzesentwurf zur Beschleunigung des Höchstspannungsnetzausbaues (kombiniert mit einem Energieleitungsausbaugesetz) verabschieden. Der Stromnetzausbau ist Bestandteil des 2. Integrierten Energie- und Klimaschutzprogramms (IEKP) und dürfte damit eine hohe bundespolitische Bedeutung und Brisanz besitzen.

In einem Bedarfsplan zum beabsichtigten Energieleitungsausbaugesetz werden 850 km Stromtrassen künftig durch Gesetz festgeschrieben – die Notwendigkeit und der Bedarf der 380-kV-Höchstspannungsleitungen kann dann nicht mehr rechtlich angefochten werden. Darüber sind weitere 335 km Verbundleitungen in das europäische Ausland fest eingeplant – dena-Kurzanalyse vom 12.03.2008.

Auf Vermittlung des Bundestagsabgeordneten Michael Roth wird eine Delegation verschiedener Bürgerinitiativen (Ralf Wassermann ist als BI-Vorsitzender vom LK Hef-Rof dabei) am 19. Juni im Bundesumweltministerium in Berlin ihre Sichtweise zu einem umweltverträglichen Ausbau des deutschen Stromnetzes darlegen können; Staatssekretär Matthias Machnig steht für ein informelles Gespräch zur Verfügung. Gesprächsthemen werden sein: Wie ist der objektive Nachweis für erforderliche neue Stromtrassen - ggf. durch eine unabhängige Institution – zu führen? Wie können für neue Höchstspannungsverbindungen als Erdkabel umweltgerechte, technisch sinnvolle und wirtschaftlich vertretbare Lösungen gefunden werden?

Die Protestwelle in beiden Landkreisen hält an, die BI WMK hat inzwischen eine Mitgliederzahl von 606 Personen erreicht, im Kreis Hef-Rof sind es 160.

Bei örtlichen Demonstrationen (Fototermin mit kurzer Information von mir über den Sachstand) in Meißner-Vockerode sowie in Waldkappel (dort gemeinsam mit der BI Hersfeld-Rotenburg) haben Bürgerinnen und Bürger klar zum Ausdruck gebracht, dass sie eine 380.000-Volt-Höchstspannungsverbindung als Freileitung nicht widerspruchslos hinnehmen werden. Es ist nicht vorstellbar, dass in einem Hochtechnologieland wie Deutschland keine für Menschen, Landschaft und Umwelt verträgliche unterirdische Leitungsführungen realisierbar sind – die auch wirtschaftlich vertretbar sind.

Ralf Wassermann
BI-Vorsitzender